

Jamaika im Bezirk? 2
Altes und Neues im Rathaus

Integrationsprojekt bei
der Gesobau 3

Keinen Fußbreit den Nazis!

Als 21jähriger Reinickendorfer empfand ich die Nazi-Demo am 21. Oktober und zwei Wochen später den Bundesparteitag der NPD in diesem Bezirk als sehr beunruhigend, besonders weil es zu keinem ausreichend großen Protest kam.

Für die NPD gilt eine Veranstaltung schon als erfolgreich, wenn die Gegendemonstranten weniger als doppelt so viel sind wie sie selbst. Bei beiden Veranstaltungen in Reinickendorf waren wir nicht einmal die Hälfte. Zudem wurden die Verfassungs-

feinde durch ein Großaufgebot der Polizei geschützt. Die Nazis genossen Freiräume, die ihnen die Polizei schaffte, von denen wir nur hätten träumen können.

Ich frage mich seitdem: Wie kann es möglich sein, dass sich die Nazis hier nach und nach etablieren, und die meisten Reinickendorfer scheint es nicht zu kümmern oder sie schauen einfach weg?

Dieses Problem ist kein kleines und geht uns alle etwas an; denn deutsche Geschichte darf sich nicht wiederholen.

Dafür müssen wir kämpfen.

J.M.

Fragen an die Politik

Nazis in Tegel, Nazis im Märkischen Viertel – die NPD präsentiert sich kürzlich auch in Reinickendorf. Neue und alte Fragen tauchen auf: Reichen Erklärungen, mündliche und schriftliche Bekenntnisse zur Demokratie (von BVV und Bezirksamt) wirklich aus, wenn rechtsextrêmes, rassistisches, fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung inzwischen bei bis zu einem Drittel der Bevölkerung anzutreffen ist.

Ist es akzeptabel, wenn das bezirkliche „Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Reinickendorf“ seit Jahren eigentlich nur noch dem Papier existiert? Müssen BVV und Bezirksamt, muss unsere Bezirksbürgermeisterin nicht dafür Sorge tragen, dass dieses überparteiliche, demokratische Bündnis endlich wieder dem Rechnung trägt, wofür das richtige Motto steht?

Warum versagt unser Erziehungs- und Bildungssystem bei so vielen Menschen, wenn es um undemokratische Inhalte geht? Wird Demokratie vorgelebt, von Kindern, Schülern, Heranwachsenden tatsächlich erlebt? Ein rechtzeitig verhinderteter Amoklauf eines Reinickendorfer Schülers lässt anderes vermuten. Demokratie lebt von einem ho-

hen Bildungsstand aller Bürger. Auch dies sollte ein Thema für die Bürgermeisterin sein.

Wird unser Gemeinwesen den in Reinickendorf lebenden ausländischen Mitbürgern in kultureller und bildungspolitische Hinsicht wirklich gerecht? Genügt es, angesichts eines Anteils von ca. zehn Prozent im Bezirk „nur“ zu tolerieren? Warum gibt es (noch) keine/n Integrationsbeauftragte/n in unserem Bezirk?

„Rechtsextrémismus ist ein Problem in der Mitte der Gesellschaft, keines des Randes oder bestimmter Altersgruppen.“ Aber: Menschen „mit hohem Bildungsabschluss (stimmen) den rechtsextrémen Aussagen in der Regel seltener zu... Rechtsextrême fühlen sich weniger akzeptiert...schätzen (...) ihre eigene wirtschaftliche Situation subjektiv als schlechter ein...(haben) das Gefühl politischer Einflusslosigkeit“. Defizite im elterliche Erziehungsverhalten und Ausländerfeindlichkeit als „Einstiegsdroge“ runden das negative Bild ab, so die oben genannte Stiftung.

Aktives, zielgerichtetes Gegensteuern ist dringend gefragt. Frau Wanjura, es besteht Handlungsbedarf – das Problem ist bekannt und Reinickendorf ist keine Insel.

Jürgen Schimrock

Lesetipp
Peter Neuhof,
Als die Braunen kamen, Eine Berliner jüdische Familie im Widerstand Pahl-Rugenstein, Bonn 2006



Jamaika am Eichborndamm?

Über Altes und Neues im Rathaus

Das Fazit vom 27. Oktober ist kurz: BVV konstituiert, Bezirksamt (BA) gewählt. Die Wahl erfolgt harmonisch: Die Posten sind natürlich vorher ausgehandelt worden.

Die CDU klopft sich wie gewohnt selbst auf die Schulter: Reinickendorf bleibt oben; fünf Jahre weiter so mit Frau Wanjura. Bei der Wahl erhält sie das schlechteste Ergebnis der CDU-Stadträte. Die CDU braucht dafür eine Zählgemeinschaft mit der FDP. Die Junge Union hat vorher ausgeplaudert, CDU, FDP und Grüne hätten sich im Vorfeld auf die Wiederwahl der Bürgermeisterin verständigt: Ein Hauch von Jamaika im Hohen Norden also... Der Vorsitz in einem wichtigen BVV-Ausschuss mag die Belohnung für so viel politisches Wohlverhalten sein, wird spekuliert. CDU und FDP vereinbaren, (Wortlaut: www.linkspartei.pds-reinickendorf.de/kommunales), die politische Unabhängigkeit beider Fraktionen und den fairen Umgang miteinander zu wahren. Interessant ist: Keine Priorität haben für CDU und FDP soziale Probleme der Reinickendorfer (Erwerbslosigkeit, JobCenter, Armut, Entwicklung der Kieze), Integration, Rechtsextremismus, die Schließung des Flughafens Tegel, die Entwicklung im Tegeler Ortskern, Bürgerdemokratie und -haushalt.

Keine Probleme bei der Wahl hatte der SPD-Kreisvorsitzende Peter Senftleben. Man kennt und beharkt sich nun schon einige Jahre im Bezirksamt. Im BA nicht mehr dabei ist Dr. Wegner; der bisherige CDU-Baustadtrat ist wohl in zu viele Fettnäpfchen getreten. Frank Balzer, von seinem Fraktionsvorsitzenden als „Inbegriff sozialer Gerechtigkeit“ gepriesen, übernimmt den Job. Uwe Ewers (CDU) geht in Rente. Dr. Thomas Gaudszun (SPD) darf auch nicht mehr: seine Partei hat ihn nicht wieder aufgestellt. Dafür kommen drei alte Neue. Katrin Schultze-Berndt (CDU) verzichtet auf ihr Abgeordnetenhausmandat. Als sie noch Vorsitzende des Kulturausschusses der BVV war, hatte sie sich Sorgen gemacht, ein Mahnmal zur Erinnerung an Frohnauer Holocaustopfer könnte die Bewohner Frohnaus „in Veruruf“ bringen. Thomas Ruschin hat sich über die JU hochgedient; der Rechtsanwalt will mit „No Toleranz“ für Ordnung sorgen. Um das Ressort Soziales und Gesundheit kümmert sich der bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Höhne.

CDU-Kreisvorsitzender Frank Steffel umarmt seine alte und neue Bürgermeisterin. Blumen, Küsschen, artig gratulieren die Fraktionen.

Also, alles wie gehabt? Der Alltag wird's zeigen.

Friedrich Wilhelm

2. Sitzung, 15. November 2006
Die BVV setzte nach dem NPD-Parteitag im Fontanehaus ein klares Zeichen. Zu Beginn der Sitzung wurde ein Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen (Drs.-Nr.: 0007/XVIII) einstimmig angenommen:

Gegen NPD Flagge zeigen

Die BVV Reinickendorf bekennt sich eindeutig zum Grundgesetz, den demokratischen Prinzipien und zum friedlichen Zusammenleben aller Menschen, egal welcher Ethnie, Hautfarbe oder Religion sie angehören. Die BVV Reinickendorf erklärt, dass sie auch in Zukunft friedlich, aber wehrhaft für die Demokratie eintreten wird. Dazu gehört auch alles zu versuchen, um Veranstaltungen wie den NPD-Bundesparteitag am Wochenende in öffentlichen Räumen zu verhindern. Die BVV Reinickendorf dankt dem Bezirksamt und den Parteien für ihr engagiertes Handeln und den Versuch, die NPD-Veranstaltung zu unterbinden. Die BVV Reinickendorf dankt den Bürgerinnen und Bürgern, die am Wochenende dem Aufruf der in der BVV vertretenen Fraktionen gefolgt sind und gegen die NPD Flagge gezeigt haben.

Fragen in der Einwohnerfragestunde betrafen ebenfalls die NPD:

Robert Irmischer fragte nach den Konsequenzen, die Bezirksamt (BA) und BVV aus den jüngsten Aktivitäten der NPD in unserem Bezirk ziehen? Luis Fernández Vidaud erkundigte sich u.a. nach den rechtlichen Grundlagen, die das Bezirksamt heranziehen könne, um die Hauptstadt vor solchen Gefährdungen zu schützen und zu verteidigen.

In ihrer Antwort forderte die Bürgermeisterin die Reinickendorfer auf, nicht wegzuschauen. Jetzt müssten Taten folgen. Vor allem den Schulen müsse geholfen werden, dass junge Menschen andere Kulturen und Lebensweisen kennenlernen. Das BA beabsichtige, neben der Gedenktafel für jüdische Opfer im Rathaus eine Deutschlandkarte mit jeweils aktuellen Daten für rechtsextremistische Gewalttaten anzubringen, damit niemand sagen könne, er habe es nicht gewusst.

Die Linkspartei.PDS Reinickendorf unterstützte den Beschluss. Sie gehörte zu den Initiatoren und Teilnehmern der Protestaktionen gegen den NPD-Parteitag am 11. November und den NPD-Aufmarsch durch Tegel am 21. Oktober 2006. **K.G.**

Augenscheinlichkeiten Problemparteien

von Vera Seidel

Richtig hören konnte man das Aufatmen auf der konstituierenden Sitzung der neuen Reinickendorfer BVV: Es seien ja keine Problemparteien (mehr) vertreten.

Problemparteien? Damit meinte man wohl einerseits, dass im schwärzesten Bezirk Berlins zusätzlich keine Braunen – sprich NPD und REP – genügend Wähler für BVV-Sitze fanden, aber andererseits auch die Linkspartei nicht mehr vertreten ist.

Also wieder einmal die unsägliche Gleichsetzung zwischen rot und braun, nur mit einer anderen Vokabel.

Problemparteien? Wer hat denn hier mit wem ein Problem?

Lassen wir mal die braunen, die ganz rechts außen, ausnahmsweise links liegen. Hatten denn CDU, SPD etc. vielleicht bisher mit der Linkspartei.PDS „Probleme“, dass sie nun so aufgeatmet haben? Gut vorstellbar; denn die PDS hat zwischen 2001 und 2004 immer hin 13 Große Anfragen, 56 Anträge, 29 mündliche Anfragen und 17 Kleine Anfragen gestellt. Und das zu den wirklichen Problemen der Reinickendorfer. Insofern ist die Bezeichnung „Problempartei“ eine Auszeichnung – auch wenn sie natürlich so nicht gemeint war.

Das Aufatmen von Frau Wanjura und anderen dürfte nur ganz kurz sein, denn die Linkspartei.PDS wird auch in Zukunft außerhalb der BVV Mittel und Wege finden, Probleme in Reinickendorf öffentlich zu machen. Hand drauf!

Besser zusammen wohnen lernen

Ein Integrationsprojekt der GESOBAU

Die GESOBAU hat eine Arbeitsgemeinschaft „Integration“ geschaffen und eine „Integrationsbeauftragte“ berufen. Nicht irgend jemand, sondern die langjährige und verdienstvolle ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Prof. Barbara John.

Problembeschreibung

Dass ein öffentliches Unternehmen wie die Gesobau sich über Integration Gedanken macht, findet Prof. John durchaus beispielhaft; gerade öffentliche Unternehmen hätten immer auch einen sozialen Auftrag. Das gelte nicht nur für Berlin, sondern überall dort, wo viele Menschen unterschiedlichen Alters, Herkommens und Einkommens auf engem Raum leben; viel zu oft nebeneinander und nicht miteinander. Soziale Kontakte sind schwieriger und seltener geworden. Die Andersstämmigen in der Nachbarschaft seien nur ein Teil des Problems, wenngleich vielleicht zur Zeit noch der auffälligste Teil.

Man könnte viele Ursachen für diese Entwicklung nennen, abfinden sollte man sich damit nicht. Hochinteressant findet Frau Prof. John deshalb zum Beispiel ein Projekt der Greenwich-Schule im Märkischen Viertel „Jung hilft Alt“.

Gutes Wohnklima ist mehr als die Bereitstellung von vier Wänden mit dem notwendigen Service. Es wird auch dadurch bestimmt, wie jemand mit den Nachbarn zurechtkommt, wie er die Möglichkeiten des Wohnumfelds kennt und sie nutzen und beeinflussen kann. Die wichtigste unter diesen Möglichkeiten ist vermutlich, selber an der Herausarbeitung der Regeln und Verhaltensweisen mitzuwirken, mit de-

nen gute Nachbarschaft gedeiht.

Lebensnotwendige Migration

Natürlich haben dabei diejenigen besondere Hürden zu überwinden, die aus einem anderen Kulturkreis stammen, die deutsche Sprache zunächst unvollkommen beherrschen und nicht wissen, wo sie Ansprechpartner finden. Insofern hat das Integrationsprojekt der GESOBAU auch sehr viel mit Migration zu tun.

Prof. Barbara John hält es für einen großen Fortschritt, dass die Bundesrepublik auch im öffentlichen Bewusstsein zu einem Einwanderungsland geworden ist. Es ist viel schöner, in einem Einwanderungsland zu leben als in einem Auswanderungsland, sagt sie bei Gelegenheit. Sie ist auch der Ansicht, dass Deutschland Einwanderer braucht. Nicht aus demografischen Gründen, sondern wegen ihrer Ideen und Geschäftsenergien und vor allem, weil wir mit ihnen selber Weltoffenheit, Kenntnis anderer Kulturen und Toleranz im Umgang gewinnen - lebensnotwendig für eine Wirtschaft, die so stark vom Export abhängt wie die deutsche.

Erste Schritte

Nach einer Reihe Gespräche und einem Treffen mit Vertretern Freier Träger und bezirklicher Einrichtungen sind dies die ersten Schritte des Integrationsprojektes:

Ansprechpartner schaffen. Die Gesobau bildet eine türkischstämmige junge Frau als Immobilienkauffrau aus. Für den zentralen Mieterbeirat wurde ein Mitglied mit Migrationshintergrund gewonnen. Das gleiche ist auch für die Mieterbeiräte in den Wohnraumgruppen angestrebt.

Treffpunkte einrichten. Die Gesobau wird einige Wohnungen als

Sozialkassen profitieren von Ausländern

Die rund sieben Millionen Ausländer in Deutschland stützen den Sozialstaat: Im Durchschnitt zahlen sie pro Kopf 1840 Euro mehr Steuern und Beiträge an die öffentlichen Kassen, als sie an Transferleistungen erhalten. Dies ergab eine Erhebung des Instituts zur Zukunft der Arbeit für das Magazin „Capital“.

Danach zahlte jeder Ausländer 2004 durchschnittlich 7390 Euro an den Staat und erhielt öffentliche Leistungen in Höhe von 5550 Euro.

„Das Stammtisch-Gerede, dass Ausländer auf Kosten der Bundesbürger die Sozialsysteme ausplündern, ist blanker Unsinn.“

(zitiert nach BMP vom 25.9.06)

Nachbarschaftstreff ausstatten; ob das nun jeweils ein Café, ein Club, ein Internettreff werden soll, wird sich in Gesprächen mit den Mietern herausstellen.

Wohnortnaher Deutschkurs. Der Hilfsfonds der Gesobau wird das finanzieren. Das Interesse ist groß. Besonders wichtig findet es Frau Prof. John, dass diese Kurse mit Gesprächskreisen verbunden werden, die durchaus praktische Beratung und Orientierung geben sollen.

Im Übrigen hat sich die Arbeitsgemeinschaft weitere Gespräche mit den Mietern vorgenommen. Frau Barbara John ist zur Zeit Honorarprofessorin an der Humboldt-Universität bei der Ausbildung von Völkerkundlern; sie freut sich darauf, mit ihren Studenten in das Märkische Viertel zu kommen.

Hans Schuster

„Ich bin Interessenvertreterin für das Zusammenwachsen und Zusammenleben von Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft.“

Prof. Barbara John in einem früheren Zeitungsinterview auf die Frage, wessen Interessen sie als Ausländerbeauftragte eigentlich vertritt

Eine Reinickendorferin in China

Wie kommt man als Sozialistin ohne politischen Hintergrund nach China? Dem Land, welches sich mit kaum bemerkbarem Sozialismus schmückt. Ganz einfach: Man fängt an, Swingmusik zu machen und sucht sich eine Oberschule, die eine Partnerschule in Peking besitzt. Natürlich könnte man auch einfach den nächsten Flug buchen, aber so wird man wenigstens noch vom Auswärtigen Amt gefördert.

Die Eindrücke waren vielfältig, doch der Sozialismus leider nicht wirklich bemerkbar. Die Kluft zwischen arm und reich ist riesig und -

mir scheint - unüberwindbar. Schockierend war der Ausspruch einer Lehrerin: Man kann in einem Land ohne Menschenrechte nicht anfangen, den Menschen Rechte zu geben. Da sollte man doch mal drüber nachdenken, ob der Sozialismus in China nun wirklich existiert. Doch dieses Land ist trotzdem oder vielleicht auch deswegen faszinierend. Die Menschen dort sind das komplette Gegenteil der Europäer, und doch hat man das Gefühl, man wäre zu Hause, weil man so herzlich aufgenommen wird.

Charly

Am Rande

Gottlose Komödie

Welcher Teufel hatte bloß den Kurt Beck geritten, diese Diskussion los zu treten? Die Bundesrepublik bekäme ein Unterschichten-Problem, weil etwa acht Prozent der Bevölkerung keine Hoffnung auf sozialen Aufstieg mehr hätten und in gesellschaftliche Lethargie verfallen seien, hatte der SPD-Vorsitzende gesagt. Acht Prozent, eine(r) von zwölf.

Mag sein, Becks inneres Auge hatte erschaut, dass unsichtbar über jedem Jobcenter- Eingang die Worte aus der Göttlichen Komödie stehen: „Lasst, die ihr eingeht, alle Hoffnung fahren“. Dort zieren diese Worte bekanntlich den Eingang zur Hölle.

Die Politiker der großen Parteien reagierten wie üblich. Zunächst wurde die Schuldfrage geklärt. Die CDU ist schuld, sie hat unter Kohl die große Umverteilung des Nationaleinkommens von unten nach oben in Gang gesetzt. Nein, die SPD ist schuld, sie hat dies gemeinsam mit den Grünen perfektioniert.

Dann griffen die ganz Oberen ein. Was heiße hier Unterschicht, grummelte der Vizekanzler, er kenne nur Menschen. Die Bundeskanzlerin warnte, mit solchen Diskriminierungen könne die Gesellschaft gespalten werden. Seither geht der Streit um die politisch korrekte Benennung. Prekariat? Lethargiat? Überflüssige? Ausgegrenzte – nein, das geht nicht, wer grenzt denn da aus? Niedergedrückte – das sind schon fast Untergedrückte. Randständige vielleicht, das klingt so naturbelassen.

Unterschichten darf man zwar erzeugen, aber nicht so nennen. Und das Dante-Wort, das passt nicht wirklich. Bei Dante ist die Hölle überproportional mit Reichen und Mächtigen besetzt.

Jochen Eser

Termine

Donnerstag, 7. Dezember 2006, 19 Uhr, **Tegeler Dialoge zur Demokratie**, Veranstaltungsreihe des Helles Panke e.V., **Verordnete Erinnerung?** Die Nazizeit in der offiziellen Gedenkpolitik (am Beispiel des Reichsparteitagsgeländes Nürnberg).

Referent: **Dr. Gerhard Wagner**, Wissenschaftspublizist.

Freitag, 15. Dezember, 16 Uhr, **Weihnachtsfeier der Volkssolidarität Reinickendorf.**

Klaus Rathmann trat vom Vorsitz des Bezirksverbandes Reinickendorf zurück

Klaus Rathmann hat auf der Sitzung des Bezirksvorstandes am 20. November 2006 seinen Rücktritt als Bezirksvorsitzender und als Delegierter zum 10. Landesparteitag erklärt. Als Begründung gab er zunehmende Differenzen zur Landespolitik der Linkspartei Berlin an, zuletzt manifestiert mit der Zustimmung des Landesparteitages zum neuen Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der Linkspartei.PDS in Berlin.

In einer persönlichen Erklärung vom 25. November heißt es, er könne dem Ergebnis der Berliner Wahlen vom 17. September keinen erneuten Auftrag zur Regierungs-beteiligung entnehmen. Zwar seien wesentliche Wahlaussagen der Linkspartei.PDS in den Koalitionsvertrag eingegangen wie der Einstieg in die Gemeinschaftsschule, die Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors oder der Ausschluss von Privatisierungen der öffentlichen Daseinsfürsorge. Zu-

gleich kündige der Koalitionsvertrag auch sehr offen weitere Belastungen der Berlinerinnen und Berliner an, die vor allem die unteren Einkommen treffen werden. „Die durch diesen Koalitionsvertrag immer wieder zu treffenden realpolitischen Entscheidungen werden aus meiner Sicht die bundesweiten Rahmenbedingungen der neuen Partei „Die Linke“ einschränken und ihre Glaubwürdigkeit weiter beschädigen.“

Die Mitglieder des Bezirksvorstandes nahmen diesen Schritt in einer Erklärung mit großem Bedauern zur Kenntnis: „Klaus Rathmann hat zwischen 2001 und 2006 als Bezirksvorsitzender erfolgreich die Geschicke unseres Bezirksverbandes durch Höhen und Tiefen unter den nicht leichten politischen Bedingungen in Reinickendorf gelenkt. Dafür danken wir ihm herzlich. Auf sein Engagement gegen neoliberale Politik jeglicher Spielart und seine sozialen Erfahrungen möchten wir auch weiterhin bauen dürfen.“

Impressum
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
reinickendorf@linkspartei-berlin.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de